

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XXII/239

Bonn, den 15. Dezember 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite	Zeilen
-------	--------

Sicherheit und Entspannung	46
----------------------------	----

Nach der NATO-Tagung in Brüssel

2 - 3	Das Plenum probt den Aufstand	13
-------	-------------------------------	----

Die Abgeordneten und das Präsidium des Bundestages

Von Martin Hirsch, MdB

4 - 5	Karl May bleibt die Ausnahme	19
-------	------------------------------	----

Lernmittelfreiheit in Nordrhein-Westfalen

Von Dr. G. Wathe

6	Das Dilemma eines jungen Königs	48
---	---------------------------------	----

Wird die Athener Junta international anerkannt?

Von Dr. Basil Mathiopoulos

* * *

Bitte beachten Sie die neue Anschrift:

53 Bonn 9, Housgallee 2-10, Pressehaus I

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 532 Bad Godesberg, Postfach 890

Kölner Straße 108-112 — Vorwärtshaus — Telefon: 76617/18 • Telex: 0885803 NVV D

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Sicherheit und Entspannung

Nach der NATO-Tagung in Brüssel

G.M. - Im Wirbel der Nachrichten über die Ereignisse in Griechenland ist das Ergebnis der diesjährigen Ministerratstagung des Atlantischen Bündnisses in Brüssel nicht mit der Aufmerksamkeit beachtet worden, die es eigentlich verdient. Die Bundesrepublik kann mit den in Brüssel getroffenen Vereinbarungen zufrieden sein. Ihre Bündnispartner haben erneut bestätigt, daß sie im Ernstfall bereit sind, die Freiheit Berlins und der Bundesrepublik zu gewährleisten.

- * Die Bemühungen des deutschen Außenministers Willy Brandt
- * um eine Entspannung und Entkrampfung des Ost-West-Verhältnisses
- * in Europa wurden nicht nur gebilligt, sondern ausdrücklich gut-
- * geheißenen. Bemerkenswert ist, daß alle Bündnispartner ihre eigen-
- * en Entspannungs Bemühungen fortsetzen wollen, hierbei jedoch
- * stärker als bisher das gegenseitige Konsultationsverfahren an-
- * zuwenden gedenken

Wichtig ist auch die Feststellung, daß die Entspannungs Bemühungen nicht die berechtigten Sicherheitsbedürfnisse der Bündnispartner beeinträchtigen dürfen. Auch die französische Regierung hat diesem Prinzip zugestimmt.

In rein militärischer Beziehung scheint man sich auf eine weitergehende Planung der sogenannten abgestuften Abschreckung geeinigt zu haben. Hierbei spielt auch das Problem der Truppenreduzierung eine Rolle. Entsprechende Vorhaben sollen aber so angelegt werden, daß die Verteidigungskraft nicht geschwächt wird und daß das Bündnis in seiner Gesamtheit stets so wirksam bleiben soll, daß es mit Aussicht auf Erfolg einem möglichen Gegner Widerstand leisten kann.

Politisch stellt sich das Ergebnis der diesjährigen NATO-Ratstagung als eine Medaille mit zwei gleichwertigen Seiten dar. Die Sicherheitsmaßnahmen des Bündnisses sollen der veränderten Situation im Ost-West-Verhältnis angepaßt werden, während gleichzeitig alle Bündnispartner ihre Bemühungen um Entspannung fortsetzen. Daß hierbei der Bundesrepublik Deutschland an der Nahtstelle des Ost-West-Gegensatzes eine besondere Rolle zufällt, wurde allgemein anerkannt. Es wurde auch Einvernehmen darüber erzielt, daß alle Bündnispartner mit Hilfe ihrer diplomatischen Vertretungen in den Staaten des Ostblocks die Aufrichtigkeit der Entspannungs Bemühungen der Bundesregierung bekräftigen werden.

Dieses Ergebnis der Brüsseler Tagung kann als beachtlicher Erfolg der konsequenten Entspannungspolitik der Regierung der Großen Koalition gewertet werden. Das Gegenteil von dem, was man hier und dort vor der Tagung ankündete - angeblich sollte Bonn isoliert dastehen - ist eingetreten: Die Bundesregierung hat erreicht, daß sie jetzt gemeinsam mit ihren Bündnispartnern und mit deren aktiver Unterstützung sowohl die Probleme der Sicherheit als auch die der notwendigen Entspannungspolitik miteinander in Einklang bringen kann. Damit wird die Politik des Atlantischen Bündnisses immer mehr zu einem politischen Instrument der Friedenssicherung in Europa.

Das Plenum probt den Aufstand

Von Martin Hirsch, MdB

Die Dutschkisten haben das Parlament unterwandert. Die Rebellion gegen das Establishment schlägt ihre Wellen auch im Deutschen Bundestag. Die Abgeordneten proben den Aufstand. Der Arbeitsrhythmus für das nächste Jahr lieferte den Gegenstand, an dem den Abgeordneten aufstieß, daß über jedermanns persönliche Interessen über ihre Köpfe hinweg entschieden werden sollte.

Der Bundestag pflegt am Ende eines Jahres die Sitzungstermine für das folgende Jahr und die Aufteilung der Sitzungswochen auf Fraktions-, Ausschuß- und Plenarsitzungen festzulegen. Der gegenwärtige und seit langen Jahren schon praktizierte Rhythmus sieht eine Periode von drei Sitzungs- und einer sitzungsfreien Woche vor; und die Wochenaufteilung gibt den Dienstag den Fraktionen, den Mittwochmorgen ebenfalls, den Nachmittags das Plenum, den Donnerstag den Ausschüssen und den Freitag wieder dem Plenum. Üblicherweise wurde dieser Turnus bislang durch den Ältestenrat des Bundestages im Einvernehmen mit den Fraktionsleitungen bestimmt.

Im Oktober hatte nun der Ältestenrat einen neuen Arbeitsplan aufgestellt, nachdem zwei Sitzungswochen und eine sitzungsfreie Woche abwechseln sollten und zum Ausgleich beide Sitzungswochen bereits am Montag beginnen und eine erst am Samstag enden sollte. Diesen Vorschlag brachte Bundestagspräsident Gerstenmaier ins Plenum. Wie sich dieser Vorgang im stenographischen Protokoll niederschlug, verdient als dankwürdiger Moment wörtlich festgehalten zu werden:

- * Präsident D. Dr. Gerstenmaier: "...Ich könnte mir vorstellen,
- * daß dieser neue Arbeitsrhythmus nicht jedes Mitglied dieses
- * Hauses bis zum letzten beglückt. Infolgedessen und dem Reck-
- * nung tragend hat der Ältestenrat insoweit wirklich wie ein Äl-
- * testenrat gehandelt und hat gesagt: Dann wollen wir das doch
- * erst einmal versuchsweise einführen. Auch dabei rechne ich auf
- * die milde Zustimmung des Hauses; ich unterstelle diese Zustim-
- * mung des Hauses.

(Widerspruch!)

- * Dann muß ich abstimmen lassen, meine Damen und Herren!"

Die innerparlamentarische Opposition hatte sich formiert und erzwang neue Beratungen. Nach heftigsten Debatten in den Fraktionen und Fraktionsvorständen, im Ältestenrat und anderen Gremien, nach der Diskussion zahlreicher Alternativ- und Änderungsanträge erlobte die Re-

bellion am vergangenen Mittwoch ihren zweiten Höhepunkt.

Unter den immer verwunderter blickenden Augen des "höchsten Meisters vom Stuhl", wie Helmut Schmidt den Bundestagspräsidenten Gerstenmaier noch am selben Tag bei einer weiteren Attacke gegen das Präsidium nannte, wurden im Plenersaal Reden geführt, die in den Ohren hochmöglicher Ältester gar schrill klingen mußten: das Plenum verlangte, über "seine ureigensten Angelegenheiten" selbst bestimmen zu dürfen. Das Plenum trat an zur offenen Revolte gegen das Gremium, das bis dato mehr oder weniger exklusiv das Drehbuch der Bundestagsarbeit geschrieben und die Regie hinter den Kulissen geführt hatte. Mehr noch: Neben vollen Plenartag lang wurde es nachgerade modisch, daß jeder Redner einen Vorpruch gab, in dem auf Präsident oder Präsidium Breitseiten abgefeuert wurden. Und die Großen schossen am schärfsten.

Was für die Studenten der Lehrplan, ist für die Abgeordneten der Arbeitsplan des Parlaments: Stein des Anstoßes, auslösender Punkt. Es geht darum, die Belange der nah- und fernwohnenden, der neben dem Mandat noch aktiv berufstätigen und der für die Mandatszeit berufsfreien, der Wahlkreis- und der Listenabgeordneten, schließlich der verschiedenen parlamentarischen Gremien - all das unter einen Hut zu bringen.

Es ist purer Zufall, daß gleichzeitig die Frage der Redezeitbeschränkung im Plenum wieder aktuell geworden ist; die Abgeordneten stehen unter doppeltem Druck: die Presse erwartet von ihnen noch vor größeren Reden ein fertiges Manuskript, beklagt sich aber zugleich darüber, daß im Plenum nur Langatmige Reden verlesen würden. Die Frage ist schon öfter debattiert worden, aber zum ersten Mal wurde sie jetzt mit höflichen Attacken auf den sitzungsleitenden Präsidenten verknüpft.

Beide Kämpfe sind noch nicht endgültig ausgetragen; beide zeigen aber, daß die jüngsten Diskussionen in der Öffentlichkeit um "das Establishment", um die unkontrollierte Manipulation der Gemeininteressen durch mehr oder weniger anonyme Herrschgruppen, an der Volkvertretung nicht spurlos vorbeigegangen sind. Die Abgeordneten haben den Aufstand geprobt. Ob daraus eine Premiere wird, dürfte wesentlich abhängen davon, ob es dem Präsidium und Ältestenrat des Bundestages gelingt, sich von dem Odium des administrativ manipulierenden Establishments zu befreien.

Karl May bleibt die Ausnahme

Lernmittelfreiheit in Nordrhein-Westfalen

Von Dr. G. Wuthe

Winnetou WEYER und Old Shatterhand MÖLLER sind auf dem Kriegspfad. Der böse Siouxhäuptling HOLTHOFF, der die armen Steuerzahler am Marterspiß der Lernmittelfreiheit schwachen läßt, mag um seiner Skalp zittern. Es lebe der große Maritou in Hessen!

Diese Vision stellt sich unwillkürlich ein, wenn man die Vielzahl der Presseberichte im Oktober über mißbräuchliche Verwendung der Schulbuchgutscheine unter dem Motto "Karl May auf Staatskosten" in sich aufgenommen hat. Die eigentlich nie ganz zur Ruhe gekommene Diskussion um die zweckmäßigste Durchführung der Lernmittelfreiheit ist in der letzten Woche wieder hoch aufgeflammt. Minister und Abgeordnete aller Fraktionen, die Vertreter der Lehrerverbände wie der Elternschaft haben sich in gegensätzlichen Meinungen dazu geäußert.

Die Kritik am derzeit praktizierten System der Lernmittelfreiheit richtet sich vornehmlich auf zwei Punkte:

- * Es besteht in Wahrheit keine echte Lernmittelfreiheit, da die Eltern dem Wortlaut des Gesetzes nach zu 50 v. H. tatsächlich aber oft wesentlich höher an den Kosten beteiligt werden. Das Gutscheinsystem läßt "Mißbrauch mit Staatsgeldern" zu, eben jener erwähnte Kauf von Karl-MAY-Büchern oder Comic Strips durch findige Schüler.

Beginnen wir mit der zweiten Frage, die die einfachere ist. Man darf sich durch sensationell aufgemachte Berichte nicht zu der Annahme verleiten lassen, daß es sich bei diesen Mißbräuchen, die zweifellos vorgekommen sind, um die Regel handelt. Aber solche Praktiken lassen sich verhältnismäßig leicht verhindern.

Hier sei auf ein Beispiel aus Baden-Württemberg verwiesen. In der Stadt Ludwigsburg wurde auf Grund einer freiwilligen Vereinbarung mit den Eltern ein pauschaler Wertgutschein auf der Basis 50:50 ausgegeben. Der Rechnungshof stellte bei seinen Nachprüfungen fest, daß die Stadt nach diesem System nicht 50 v. H., sondern 80 v. H. der Lernmittelkosten trug, weil die Schüler den Gutschein zum Erwerb aller möglichen Dinge darunter auch der vielzitierten Karl-MAY-Bücher, benutzten. Daraufhin wurde ein neuer Gutschein eingeführt, in dem alle Bücher, die der Schüler mit Anteil kaufen will, aufgeführt und von Klassenlehrer bestätigt sind. Mißbrauch erscheint demnach so gut wie ausgeschlossen.

da kein Buchhändler den Entzug der Verrechnungslizenz riskieren dürfte mit einer entsprechenden Regelung läßt sich also dieses Problem aus der Welt schaffen.

Sehr viel schwieriger ist die erste Frage zu beantworten. Der entscheidende Punkt ist, ob tatsächlich durch ein Leihsystem wirksame Einsparungen erreicht werden können. Auf den ersten Blick wird jedermann davon überzeugt sein. Man braucht nur eine Grundausrüstung anzuschaffen und kann sie dann immer wieder weitergeben. Nur Ersatz für unbrauchbar gewordene Bücher ist fallweise zu schaffen.

Aber hier wird es schon problematisch. Wie lange bleiben solche immer wieder ausgeliehenen Bücher brauchbar? Und was wird aus der Fiktion des "Nur-einmal-anschaffen-Wissens", wenn ein Buch für länger als ein Schuljahr in der Hand eines Schülers bleibt und der nächste Schülerjahrgang das gleiche Buch braucht?

Dabei werden wir feststellen, daß man in einer Reihe von Ländern, etwa in Bayern, Schleswig-Holstein, in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg, Bremen, mehr und mehr dazu übergegangen ist, Bücher, die für längere Zeit, also etwa für 2-3 Jahre, beim Schüler verbleiben, ihm stillschweigend zu belassen.

Baden-Württemberg kennt den Weg der Übereignung durch freiwillige Übernahme eines Kostenanteils durch die Eltern. Und selbst Hessen hat die Möglichkeit, Schülern Bücher als Eigentum zu überlassen, allerdings nur "verbrauchte".

Faßt man Sachverwägungen und Erfahrungen zusammen, so könnte man zu folgendem Schluß kommen: Eine radikale Umstellung auf das Leihsystem empfiehlt sich aus guten Gründen nicht, zumal sie keine Gewähr bedeutsamer Einsparung bietet. Aber warum muß man immer in schroffen Alternativen denken?

Vielleicht empfiehlt sich ein Mischsystem, nach dem die höchstens für ein Jahr beim Schüler verbleibenden Bücher nicht grundlegenden Charakters ausgeliehen werden, während die für Wissen und Charakterbildung bedeutsamen Bücher von vornherein übereignet werden.

Eine Beteiligung der Eltern sollte erhalten bleiben, allerdings mehr und mehr eingeschränkt und soziale Härtefälle berücksichtigend. Selbst wenn es die Finanzlage uließe, darauf zu verzichten, erscheint eine solche Beteiligung angebracht, um den Wert des Buches zu dokumentieren.

Das Dilemma eines jungen Königs

Wird die Athener Junta international anerkannt?

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Der vorläufige Abschluß der stürmischen Ereignisse in Griechenland mit der spektakulären Entthronisierung König Konstantins durch die Junta-Allgewaltigen Obersten Papadopoulos ist im Grunde nichts anderes als das Ergebnis einer krisenhaften Entwicklung, deren politische Symptome schon am 15. Juli 1965 sichtbar wurden. Der damalige Regierungschef Georg Papandreu forderte - gestützt auf eine Parlamentsmehrheit von 53 Prozent -, daß die selbstherrlich gewordene Armee unter die Kontrolle der Exekutive gestellt würde. Konstantin, der die Armee als Reservat des Hofes betrachtete und seine Befugnisse als Oberbefehlshaber des Heeres nicht beschneiden lassen wollte, zwang Papandreu zum Rücktritt. Wie schwach die Position des Königs wirklich war, wurde ihm am 21. April d.J. und noch unmittelbarer am 13. Dezember 1967 bewiesen. Der Hof und seine Umgebung, die ihn jetzt im Stich gelassen hat - siehe Pipinellis -, sah in dem Putsch vom 21. April zunächst wohl ein kleineres Übel als ein möglicher überwältigender Wahlsieg Papandreous bei den bevorstehenden Parlamentswahlen vom 28. Mai 1967. Die große Chance, die der König verpaßt hatte - und darin liegt seine persönliche Tragik -, war, daß er nicht schon in jener berüchtigten Aprilnacht das vollzog, was er jetzt mit Hilfe einiger ihm ergebenen Generäle vergeblich versucht hat.

Man kann über die bisherige Rolle des Königs während der vergangenen drei Jahre berechtigte Kritik anmelden, der gescheiterte Absetzungsvorwurf der Militärregierung ist für ihn zumindest der Versuch eines Alibis. Sein Irrtum bestand darin, daß er sich auf die Waffen der Generalität und das Subordinationsbewußtsein seiner Untertanen glaubte stützen zu können - "Ich werde künftig keiner Ungehorsam mehr dulden!", statt entsprechend seinem Wappenspruch sich erst der Sympathie des Volkes zu vergewissern. Aber das ändert nichts an der staatsrechtlichen Tatsache, daß er ohne den erklärten Willen des Volkes in widerrechtlicher Form abgesetzt und durch einen Strohmann der Militärjunta abgelöst wurde. Vielleicht wollte Konstantin durch seine Flucht eine Situation herbeiführen, wie etwa Georg II., der während des Zweiten Weltkrieges nach London geflohen war. Georg II. galt bis zu seiner Rückkehr nach Griechenland als der einzige legale Vertreter seines Volkes, das nach dem Kriege in einer freien Willensentscheidung sein Schicksal selbst bestimmen sollte.

Die Erklärung Wilsons, daß Großbritannien den Abbruch der diplomatischen Beziehungen erwäge, ist bezeichnend. Die Entscheidung Washingtons wird wegweisend sein. Die Botschafter der Bundesrepublik und der anderen westlichen Verbündeten sind der Einladung des Ministerpräsidenten von eigener Gnade, Papadopoulos, nicht gefolgt. Sollte die Militärjunta nicht anerkannt und ihre Eskapaden als schwerwiegender Verstoß gegen die freiheitlichen Prinzipien der westlichen Allianz verurteilt werden, denn sind ihre Tage gezählt. - In einer nahen Zukunft wird sich erweisen, ob Konstantin überhaupt noch einmal politisch eine Rolle spielen kann. Wer den Ablauf seines Putschversuches verfolgt, wird feststellen müssen, daß der junge König offenbar in völlig falscher Einschätzung seiner eigenen Position gehandelt hat.